

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Rieser
Bismarck Str. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580.
Stroßasse:
Riesa Nr. 22.

Nr. 264.

Mittwoch, 12. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 2 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Besondere Rabatt erlischt, wenn der Betrag versällt, durch Abgabe eingegogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hoffmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die ersten Preisabbau-Konflikte.

Die ersten 24 Stunden des vom Reichsernährungsministerium nach langen schwierigen Verhandlungen freudig angekündigten Preisabbaus sind vorübergegangen. Leider ist ein Erfolg der Senkungsbewegungen bisher kaum festzustellen. Das Gegenteil trat ein. Die Vertreter des Handels und Gewerbes, mit denen eine genaue Übereinkunft erzielt worden sein soll, erklären auf einmal: So haben wir das nicht gemeint! In den Geschäften Groß-Berlins wird zu den alten Preisen weiter verkauft. Der Widerstand wird immer größer.

Die Schwierigkeiten bei der Senkung der Preise stammen daher, daß der Regierung keinerlei Zwangsmittel zur Verfügung stehen. Wir haben in Deutschland keine Zwangswirtschaft und auch keine Wucherergesetzgebung mehr. Die „gütliche Übereinkunft“ wird aber von den Organisationen, auch wenn sie anscheinend erreicht wurde, oft im nächsten Augenblick wieder abgelehnt. Am Sonntag verhandelte der Reichsernährungsminister noch mit Vertretern des gesamten deutschen Bädergewerbes. Auch am Montag vormittag wurden noch bindende Zusagen von den deutschen Bädern und Brotfabrikanten für eine das ganze Reich umfassende Preisentwertung gegeben. Aber schon am Montag nachmittag wurden sie widerrufen. Am Dienstag galt nur noch die Abmachung mit dem Berliner Bädergewerbe. Und schon schlossen sich selbst davon wieder die Berliner Brotfabriken aus, die nur in eine zweiwöchentliche Herabsetzung des Preises für das Viertelhalb-Pfund-Brot von 50 Pfennige auf 48 Pfennige billigen wollten. Dabei ist die von ihnen angesehene Verbindung des Brotpreises mit einem festen Gewicht von 2500 Gramm gar nicht so neu, als es zuerst schien. Sie ist schon in dem Gesetz zum Weizenvermehrungswang vorgesehen. Leider hat man damals vergessen, eine Sanktionsklausel und Strafbestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, so daß man jetzt auf gütliche Verhandlungen verwiesen ist.

Auch bei den Preisen für Schweinefleisch ist trotz aller Vereinbarungen eine Senkung am Dienstag in Berlin nicht erfolgt. Die Fleischer behaupteten nämlich, obwohl auf dem Fleischmarkt der Preis für Schweinefleisch um 5 Mark pro Zentner zurückging, daß sie 5 Pfennig pro Pfund mehr bezahlen müßten. Die „Preisentwertung“ befände darin, daß der Preis nicht um diese 5 Pfennig erhöht würde. In der Tat besteht die Schwierigkeit, daß die Senkungsverhandlungen durch eine Verkettung unglücklicher Zufälle mit einer steigenden Konjunktur der Rohprodukte zusammenfallen. Kaut- und Kautschukpreise auf Nachbarmärkten haben noch in den letzten Tagen die Fleischpreise, die eine stinkende Tendenz hatten, unnatürlich emporgetrieben.

Der weitere Weg der Regierung ist nun, wie wir erfahren, der: Durch eine scharfe Kontrolle der Handelsfirmen soll die Innehaltung der Vereinbarungen erzwungen werden. In wöchentlichen Stützungen sollen die Hausfrauen mit den Preisen, die gefordert werden dürfen, öffentlich betanngemacht werden, damit das Publikum selbst eine Kontrolle ausüben kann.

Preis- und Arbeitspolitik vor dem Reichskabinett

Berlin, 12. November.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern unter Vorsitz des Reichskanzlers und unter Beteiligung des Reichsfinanzpräsidenten mit Fragen der Preis- und Arbeitspolitik. Die weitere energische Förderung der auf eine umfassende Preisentwertung gerichteten Tendenzen wurde einem Kabinettsauschuss anvertraut, der in dauernder enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftskreisen stehen wird. Ferner wurden Fragen der Arbeitsförderung, eines weiteren Schuljahres und der Zulassung von ausländischen Wanderarbeitern erörtert, über die noch Verhandlungen mit den Ländern geführt werden.

„Kapitalflucht und Weltwirtschaftskrise.“

* Berlin. Im Rahmen der Vortragsreihe „Im Kampf gegen die Krise“ übertrug die deutsche Welle am Dienstagabend einen Vortrag des berühmten schwedischen Nationalökonomens Gustav Cassel über „Kapitalflucht und Weltwirtschaftskrise“.

Man könne schon deshalb nicht von einer deutschen Kapitalflucht sprechen, weil die Voraussetzungen, unter denen diese überhaupt möglich ist, in Deutschland gar nicht vorhanden wären. Tatsächlich sei in Deutschland schon deshalb eine Kapitalflucht nicht möglich, weil Deutschland so kapitalarm sei, daß es die Reparationslasten nicht aus eigenen Mitteln tragen, sondern nur auf dem Wege über Auslandsanleihen aufbringen könne. Wenn einzelne deutsche Kapitalisten im Auslande angelegt hätten, so handelte es sich dabei meistens um einen bloßen Austausch von Investitionen. Derartige Transaktionen seien sowohl von Deutschland nach dem Auslande wie umgekehrt erfolgt. Cassel zieht daraus den Schluss, daß deutsche Kapitalisten vielfach weniger Vertrauen zu Deutschlands Wirtschaft

Schwere russische Anschuldigungen gegen Frankreich.

Moskau, 11. November. Die von dem Staatsanwalt der Republik Argentinien unterzeichnete Anklageschrift in Sachen der konterrevolutionären Organisation „Industriepartei“ wurde gestern veröffentlicht. Angeklagt sind Kamlin, Kaitnikow, Laritschew, Tschernomoff, Fedotow, Kuprianow, Otschkin und Sitnin. Am Schluß der Akte heißt es: Die Obgenannten traten zu verschiedenen Zeitpunkten den Schädigungsorganisationen in einzelnen Industriezweigen bei, zu dem Zweck, durch die Anwendung der verschiedensten Schädigungsformen dem Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion möglichen großen Schaden zuzufügen und so die Stellung der Sowjetregierung zu untergraben und die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie zu erleichtern. Die Angeklagten führten eine Reihe von Jahren diese Schädigungsarbeit durch und vereinigten sich auf Initiative des wegen der Beteiligung an einer gegenrevolutionären Organisation und wegen organisierter Sabotage erschossenen Putschinstiti und des ebenfalls aus gleichem Grunde verurteilten Rabinowitsch zu einer einheitlichen Organisation, die sie „Ingenieurtechnisches Zentrum“ nannten. Zweck dieser Gründung war eine systematische und planmäßige Leitung der Sabotage in allen Industriezweigen.

Die Angeklagten überzeuften sich jedoch später auf Grund der wachsenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus von der Fruchtlosigkeit ihrer Veruche, diesen Aufbau zu hemmen und ausschließlich mit Hilfe des Schädigungswesens die wirtschaftliche und politische Herrschaft der Bourgeoisie wieder herzustellen; sie kamen zu der Überzeugung, daß es notwendig sei, die Sowjetregierung mit bewaffneter Hand zu stürzen und die kapitalistische Ordnung auf gewalttätigem Wege wiederherzustellen. Zu diesem Zweck wandelten sie ihre Organisation zu einer politischen Partei unter der Bezeichnung „Industriepartei“ um und erweiterten das Arbeitsfeld dieser Organisation, indem sie die Verbindung mit anderen gegenrevolutionären Organisationen aufnahmen und gemeinsam mit ihnen vorgingen. Unter anderem mit einer damals entstandenen konterrevolutionären Gruppe Kondratjew, Tschjanow. Die letzteren übernahmen die Leitung dieser Industriepartei, in deren Zentralkomitee sie eintraten.

Die Angeklagten überzeuften sich später von der Unmöglichkeit, einen bewaffneten Aufstand zum Sturz der Sowjetregierung zu organisieren und zur Wiederherstellung des Kapitalismus ohne Beistand von außen. Deswegen traten sie mit einer jenseits der Grenze existierenden Vereinigung von ins Ausland geflüchteten Volksfeinden, eben

maligen Besitzern nationalisierter Betriebe, in Verbindung, die ein sogenanntes „Handels-Industrie-Komitee“ gebildet hatten. Die Angeklagten waren bereits vorher mit einzelnen Mitgliedern dieses Komitees zur Durchführung einzelner Sabotageakte in Verbindung getreten. Sie konzentrierten nunmehr auf Grund einer Vereinbarung mit diesem Komitee ihre Schädigungsarbeiten auf eine bewaffnete Intervention des Auslandes.

Zu diesem Zweck nahmen sie den finanziellen Beistand des „Handels-Industrie-Komitees“ und ausländischer Staaten in Anspruch. Gleichzeitig traten die Angeklagten auch durch dieses Komitee in verbrecherische Beziehungen mit französischen Regierungskreisen, die sich zur Aufgabe gelehrt hatten, die Sowjetunion mit Krieg zu überziehen und in der Person des ehemaligen Chefs der französischen Regierung, Poincaré, und des Außenministers Briand sowie den drei französischen Generalstabsoffizieren Jominie, Janin und Richard in Verbindung, die nach den Anweisungen der erwähnten Persönlichkeiten einen militärischen Angriffsplan gegen Sowjetrußland ausarbeiteten.

Dies Verhalten der Angeklagten stellt einen Akt des unmittelbaren Staatsverrats dar. In dem weiteren Verlauf der beschriebenen verbrecherischen Tätigkeit konzentrierten die Angeklagten ihre Schädigungsarbeiten auf die Desorganisation des Wirtschaftslebens, um eine Krise in den Hauptindustriezweigen bis zum Jahre 1930 herbeizuführen, das heißt bis zu dem von dem französischen Generalstab für eine militärische Intervention in der Sowjetunion angegebenen Termin. Die Angeklagten hielten ferner durch Vermittlung der speziell dafür bestimmten Abteilungen A. und B. eine persönliche Verbindung mit dem französischen Generalstab her und führten die Spionagearbeiten des französischen Generalstabs aus. Sie vermittelten sich im Auftrag dieses Stabes die notwendigen Geheimangaben hinsichtlich der Heeresmacht und Wehrfähigkeit der Sowjetunion. Die Angeklagten organisierten auf Veranlassung des französischen Generalstabs eine militärische Sondergruppe, deren Aufgabe die Vorbereitung der Zerschlagung der Roten Armee sein sollte, wobei sogar schon einzelne verräterische Akte seitens einzelner Truppenteile während der betreffenden Intervention in Betracht gezogen wurden. Im Auftrag des französischen Generalstabs bildeten die Angeklagten innerhalb ihrer Organisation eine Söldnergruppe, um die militärische Intervention des Auslandes durch Sprengung öffentlicher Bauten, Kratifikationen und Eisenbahnschienen der für den Kriegsbedarf arbeitenden Fabriken und Betriebe zu unterstützen.

haben als das Ausland. Das sei für ihn die lehrreichste Beobachtung. Ausländische Kapitalisten, die Geld in Deutschland anlegten, sollten als Leute mit gutem Vertrauen für Deutschland ein lehrreiches Beispiel sein. Die radikalsten Programme extremer Parteien trügen das ihre zur Verschärfung der Lage bei. Das besondere Kennzeichen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sei das Sinken der Warenpreise, was gleichzeitiges Steigen des Goldwertes bedeute. So wie die Dinge liegen, sieht er für Deutschland das eigentliche Problem darin, die Verhältnisse in der Weltwirtschaft der Welt klarzustellen. Deutschland könne gar kein Interesse an der Wertsteigerung des Goldes haben, denn das mache sich bei der riesigen Auslandsschuldung äußerst nachteilig bemerkbar und führe zu einer Vergrößerung der Schuldenlast. Die Tatsache der Wertsteigerung des Goldes lege die heute vielbesprochene Frage der Revision und eines Nachlasses der deutschen Tribute ebenfalls nahe. Cassel wandte sich in diesem Zusammenhang scharf gegen die Sterilisierung von Gold, wie sie von der Bank von Frankreich betrieben werde, eine Handlungsweise, die er als vollständig unverantwortlich bezeichnete.

Zusammenfassend kam Cassel zu dem Ergebnis, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, die Vertrauenskrise, unter der die deutsche Wirtschaft leide, zu beheben. Deutschland müsse erneute Zuversicht in der Welt schaffen, dann würden auch wieder ausländische Kapitalisten nach Deutschland fließen. Voraussetzung dafür sei allerdings die Herstellung der politischen Stille im Lande. Politische Extremes würden die Krise nur verlängern. Eine weitere Voraussetzung liegt er in der Sanierung der öffentlichen Finanzen. Die hohen Steuern in Deutschland seien nur dazu geeignet, Mißtrauen im Auslande zu erwecken. Wenn diese Uebel abgestellt wären, würde auch die Kapitalbewegung nach Deutschland wieder einsehen und man werde nicht mehr von der „Kapitalflucht“ sprechen.

Eine neue Erklärung Thüringens.

Hausungung beim Reichsbanner in Weimar.

In der Streitsache des Landes Thüringen gegen das Reich wegen der Sperrung der Polizeiaufschüsse erklärt jetzt die thüringische Regierung, daß nach dem bisherigen Untersuchungsresultat mit etwa 40 Jugendvernehmungen durch den Berichterstatter und die beauftragten Richter des Staatsgerichtshofes die Haltlosigkeit der Anklagen des Reichsinnenministers offensichtlich sei. Der Reichsinnenminister sei einem in der thüringischen Polizei bestehenden Spitzel- und Denunziantentum trübter Art zum Opfer gefallen. Zum

Beweis für diese Auffassung veröffentlicht die thüringische Regierung den Inhalt eines Briefes des Reichsbannerorganisationsleiters Dr. Diesel-Weimar. Der Brief stelle im Zusammenhang mit einem 17 Punkte umfassenden Fragebogen den Versuch dar, durch einen im thüringischen Staatsdienst stehenden Oberstaatssekretär die Verhältnisse in der thüringischen Polizeischule Sondershausen zu erkunden, um Material gegen angebliche nationalsozialistische Umtriebe in dieser Schule zu erhalten. Die Regierung stellt weiter fest, daß eine bejahende Beantwortung dieser Fragen in verschiedenen Punkten schon jetzt als Mäßigung des tatsächlichen Sachverhaltes nachzuweisen sei. Der als Auftrag verwendete Obersekretär sei sofort seines Amtes enthoben worden.

Am Dienstag nachmittag habe der mit der Voruntersuchung im Dienstverfahren gegen den Obersekretär beauftragte Richter in den Räumen des Reichsbanners Weimar eine Hausungung gehalten, über deren Ergebnis noch Stellungnahmen bewahrt wird. Die Verhandlung schloß sich mit dem Worten: „Es liegt auf der Hand, daß der Herr Reichsinnenminister sein zum allergrößten Teil durchaus falsches Material vom Reichsbanner durch Vermittlung von ihm nachstehenden Beamten erhalten hat. Da er den Auftrag zur Beschaffung solchen Materials erteilt hat, wird sich freilich nie feststellen lassen. Es wäre allerdings erwünscht, daß der Herr Reichsinnenminister selbst darüber alsbald Auskunft gibt. Das thüringische Staatsministerium gibt der Öffentlichkeit Kenntnis davon und erhebt gleichzeitig förmlichen Protest gegen solche Methoden, die sich allein schon durch ihre Unmoral richten.“

Steuervereinfachungsgesetz vom Kabinett verabschiedet.

* Berlin. Am 11. wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Dienstagabenditzung den Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes, das dem Reichsrat unverzüglich zugehen wird.

Ablehnung des Schiedspruches für die sächsische Metallindustrie.

* Dresden. Die große Tarifkommission des Bezirks Sachsen im Deutschen Metallarbeiterverband hat den gefällten Schiedspruch für die sächsische Metallindustrie abgelehnt.